

Der Präsident

Herrn
Bundesminister
Dr. Jörg Kukies
Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstr. 97
10117 Berlin

Nur per E-Mail

Berlin, 06.03.2025

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Kukies,

gerne komme ich auf Ihr freundliches Angebot aus unseren beiden zurückliegenden Gesprächen zurück, Sie frühzeitig auf drängende Klärungsbedarfe aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege hinzuweisen.

Bei der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für das geplante Sondervermögen Infrastruktur ist aus unserer Sicht zwingend zu berücksichtigen, dass das Sondervermögen nicht nur Investitionen in öffentliche Infrastruktur, sondern in gleicher Weise auch die frei-gemeinnützige Infrastruktur umfasst. Die Bildungs-, Betreuungs-, Pflege- und Krankenhausinfrastruktur, der Zivil- und Katastrophenschutz und die soziale Infrastruktur insgesamt werden zum Teil überwiegend nicht durch öffentliche, sondern durch frei-gemeinnützige Träger gewährleistet. Eine gesetzliche Regelung muss deshalb ausdrücklich berücksichtigen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen insbesondere auch zur Investitionsförderung in den frei-gemeinnützigen Sozial-, Gesundheits- und Pflegediensten zur Verfügung stehen.

Die Stärkung der sozialen Infrastruktur, insbesondere der frei-gemeinnützigen Betreuungs-, Bildungs-, Krankenhaus- und Pflegeinfrastruktur muss auch als eigener Zweck in den Regelungen für die Finanzhilfen an die Länder formuliert werden.

Die freigemeinnützigen Träger sind eine unverzichtbare Säule der sozialen Infrastruktur. Ihre finanzielle Absicherung ist daher nicht nur notwendig, sondern auch eine gute strategische Investition in eine krisenresiliente Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt.

Angesichts dieser hohen Relevanz unserer sozialen Dienste und Einrichtungen bitten wir um die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen jederzeit für Rückfragen und Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

